

Nr. **XIX. GP-NR
322 /J
1994 -12- 23**

ANFRAGE

der Abgeordneten Petrovic, Freundinnen und Freunde

an den Bundesminister für Wissenschaft und Forschung

betreffend Rechnungshof-Bericht über das AKH Wien,
Bereich Abfallentsorgung, Müll

Der Rechnungshof hat einen detaillierten und von der Schwere der Anschuldigungen kaum zu überbietenden Bericht betreffend das AKH Wien erstellt. Der Tenor der Kritik betrifft insbesondere auch den Lehr- und Forschungsbetrieb, die Verletzung universitätsrechtlicher Normen und die mangelnde Koordination zwischen Wissenschaftsministerium und Gemeinde Wien. An mehreren Stellen hält der Rechnungshof fest, daß das auf einen Lehr- und Forschungsbetrieb zugeschnittene Universitätsorganisationsgesetz und die dienstrechtlichen Bestimmungen für Hochschullehrer sowie der Umstand, daß die Gemeinde Wien als Trägerin des AKH kaum Einfluß auf das ärztliche Personal besaß, eine wirtschaftliche Führung des AKH nahezu unmöglich machten (Vergleiche z.B. Rechnungshof, Zl. 01060/14-IV/5/94). Trotz dieser Orientierung eines Krankenhauses auf den Lehr- und Forschungsbetrieb kam es auch zu zahlreichen Verletzungen universitärer Normen, sodaß die unterfertigten Abgeordneten die Frage nach der Einhaltung der einschlägigen Vorschriften für den Hochschulbereich ebenso aufwerfen wie die Frage nach der Wahrnehmung der haushaltrechtlichen Verantwortung (insbesondere §§ 14 und 17 Bundeshaushaltsgesetz) aufwerfen.

Die unterfertigten Abgeordneten begehren daher Antwort auf die folgende

ANFRAGE:

1. Der Rechnungshof hält fest, daß an den Universitätskliniken Innsbruck und Graz in Relation zu den zur Verfügung stehenden Betten nur die Hälfte resp. ein Viertel der Müllmenge des AKH Wiens anfällt. Auch die Mengen an gefährlichem bzw. radioaktivem Abfall lagen erheblich über den Kliniken der Universitäten Graz und Innsbruck. Was haben Sie als für den Universitätsklinikbetrieb zuständiger Bundesminister getan, um die Verantwortung hinsichtlich der offenbar mangelhaften Mülltrennung in der Vergangenheit aufzuklären?
2. Was haben Sie für die Zukunft veranlaßt, daß a) normale, b) gefährliche, c) radioaktive Abfälle in Zukunft minimiert werden? (Bitte Antworten nach Abfallgruppen getrennt anführen.)

3. Wann soll eine ähnlich geringe Abfallmenge wie an der Universitätsklinik Graz am AKH erreicht sein, bzw. welche Schritte werden gesetzt, falls das Abfallvermeidungsziel nicht binnen angemessener Frist erreicht wird?
4. Wie funktioniert derzeit die Entsorgung der einzelnen Abfallgruppen des AKH Wien und welche Kosten fallen jährlich für die Entsorgung a) des normalen, b) des gefährlichen, c) des radioaktiven Mülls an und wie erfolgt die Verrechnung zwischen Gemeinde Wien und dem Wissenschaftsministerium, da die Müllverursachung schließlich im Bereich der dem Wissenschaftsministerium unterstehende Universitätskliniken anzusiedeln ist?